

In Blankenheim-Ripsdorf/D Hausbrand forderte ein Todesopfer

■ Blankenheim/D

Tragische Folgen hatte ein Brand in einem Einfamilienhaus in der Nacht zum Freitag in Ripsdorf bei Blankenheim in der deutschen Eifel.

Durch die Feuerwehr Blankenheim konnte ein 59-jähriger Mann nur noch tot aus

dem zweistöckigen Haus geborgen werden. Der 89-jährige Vater des Mannes, der zusammen mit seinem Sohn das Haus bewohnte, erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht.

Die Brandursache ist noch unklar. (boß)

Brüls: »Gibt bessere Wege, Energie zu sparen« Erneute FBB-Kritik am Abschalten der Laternen

■ Büllingen

Nach den Erläuterungen von Bürgermeister Friedhelm Wirtz zum Abschalten der öffentlichen Beleuchtung in Büllingen, sieht sich die Oppositionsfraktion »Freie Bürgerliste Büllingen« (FBB) dazu veranlasst, noch einmal Stellung zu diesem Thema zu beziehen. Dabei räumt Werner Brüls im Namen der Liste ein, dass seine Fraktion tatsächlich eine Zahl missinterpretiert hatte und die Ersparnis, die durch das Abschalten der Laternen entsteht, viel zu niedrig eingeschätzt hatte.

Fehlinformation

»Als dies klar war, ist das sofort und in aller Ehrlichkeit zugegeben worden, und zwar dort, wo die Zahl veröffentlicht worden ist: beim BRF.« Auch im Gespräch mit den Mitbürgern habe die FBB das Versehen eingeräumt. »Muss man uns deshalb vorhalten, wir hätten etwas verdrängen wollen?«, so Brüls. Der Bürgermeister habe seiner Ansicht nach schon in der Gemeinderatssitzung vom 29. Juli für eine korrekte Auslegung der Zahlen sorgen können. »Er tat es nicht. Somit hat er es unterlassen, einen (nach eigenen Worten) 'Schaden' sofort abzuwenden.« Doch Zahlen sind nach Ansicht der FBB nicht das Wichtigste und lenken nur von dem ab, was die Opposition dem Gemeindegremium zum Thema nächtliches Abschalten der Straßenlampen vorwerfe.

Tarnung

Das Gemeindegremium behauptete, die Straßenlampen würden nur deswegen nachts abgeschaltet, weil die Gemeinde etwas für den Umweltschutz tun müsse. »Wir sind jedoch davon überzeugt, dass dieses Argument nur eine Tarnung einer Sparmaßnahme ist. Das geht auch aus dem Kollegiumsbeschluss her, der neben einer Notwendigkeit des Energieeinsparens eine bedeutende Entlastung des Gemeindehaushalts als Grund angibt.

Wenn der Bürgermeister nun nachschiebe, dass ohnehin bloß ein Prozent der Bürger von einer durchgehenden öffentlichen Beleuchtung pro-

fitieren würde, dann sei dies reinste Stammtisch-Propaganda.

Völlig unverständlich sei zudem, dass das Gemeindegremium es nicht für nötig gehalten hat, den Gemeinderat einzubeziehen und die Einwohner über die »schwerwiegende Abschaltungsmaßnahme« zu informieren. Erst nach sechs Wochen, als die FBB die Angelegenheit im Gemeinderat thematisiert hatte, sei der Öffentlichkeit klar geworden, dass hier keine Strompannen vorgelegen haben. Die zunächst völlig zusammenhanglose und chaotische Umsetzung der Maßnahme habe da bereits für viel Ärger und Verwirrung gesorgt.

Es heißt, dass eine andere Handhabung wenigstens für Festtage und Wochenenden nicht möglich oder technisch zu aufwändig sei. »Das verstehen wir nicht, denn in der Zeit vor Einführung einer durchgehenden Beleuchtung, war das scheinbar gar kein Problem«, so Brüls. »Aber dann rechnet sich das Ganze natürlich nicht mehr.«

Sicherheit

Ende 1997 habe die Polizei empfohlen, die Straßenbeleuchtung nachts durchgehend eingeschaltet zu lassen, um nächtliche Hauseinbrüche einzudämmen und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen. Dies habe die Gemeinde Büllingen drei Jahre später umgesetzt, auch um die Verkehrssicherheit in den Ortschaften zu verbessern. »Von alledem ist heute keine Rede mehr. Man darf gespannt sein, wie sich das in den Herbst- und Wintermonaten auswirkt«, so Werner Brüls. Seiner Ansicht nach habe es bereits Delikte gegeben, bei denen die Dunkelheit die Tat und die Flucht erheblich erleichtert habe, z.B. anlässlich der Kirmes in Hünningen.

Die FBB stellt daher fest, dass die g Maßnahme alles andere als fortschrittlich ist. »Um Energiekosten zu sparen, nimmt man fahrlässig in Kauf, dass die Sicherheit der Bewohner der Gemeinde Büllingen nachts geringer wird. Es gibt bestimmt bessere Möglichkeiten, um Geld und Energie zu sparen«, so Brüls abschließend.

Am Sonntag von 11 bis 12.30 Uhr »El Toto Café« zum Aperitif in der Abtei

■ Stavelot

In der Reihe der Aperitif-Konzerte, die in den Sommermonaten jeweils sonntags in der Abtei Stavelot stattfinden, wird am morgigen Sonntag, 15. August, die Gruppe El Toto Café auftreten.

Dieses Duo aus Lüttich wird von den beiden Musikern Samir Mohellebi und Joachim Lo-

neux gebildet, die Musik aus allen Ecken der Welt spielen. Das Konzert findet von 11 bis 12.30 Uhr statt. Die Besucher haben natürlich auch die Möglichkeit, die aktuelle Ausstellung in der Abtei zu besuchen. Noch bis zum 19. September ist in den Räumlichkeiten die Kunstausstellung »Von Szymkowiec, Appollinaire bis Van Gogh« zu sehen.



Das Finanzamt in der Klosterstraße in St.Vith wird künftig mit Videokameras überwacht werden, ein Pilotprojekt in Belgien.

Bei der Finanzverwaltung läuft ein Pilotprojekt zur Kameraüberwachung an »Bitte lächeln, Sie werden gefilmt« am Steueramt St. Vith

■ St.Vith

Von Herbert Simon

»Bitte lächeln, Sie werden gefilmt«: Am Finanzamt in der Klosterstraße in St.Vith sind mehrere Überwachungskameras im Außen- und Innenbereich installiert worden.

»Big Brother« lässt grüßen, wird da vielleicht der eine oder andere Zeitgenosse schimpfen. Wengleich man sich heute längst daran gewöhnt hat, dass Kameras uns mittlerweile an vielen Orten beobachten, etwa im Straßenverkehr, in den Supermärkten, in den Banken und auf den öffentlichen Plätzen.

Anschläge

Und wieso jetzt auch bei der St.Vith'ser Finanzverwaltung? Nun, viele Leser werden sich noch an die Zeitungsmeldungen erinnern, in denen in den letzten Jahren mehrfach von nächtlichen Anschlägen auf das Steueramt, das benachbarte Gerichtsgebäude sowie auf den kommunalen Bauhof in St.Vith die Rede war. Mit einem Kleinkalibergewehr wurde jeweils auf die Eingangstüren geschossen. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Die Polizei ermittelte, doch wer hinter diesen Aktionen gesteckt hat, ist bislang nicht aufgeklärt worden. Auch die Beweggründe können nur vermutet werden.

Das Finanzministerium in Brüssel hat beschlossen, diesem Spuk ein Ende zu setzen. Womöglich soll die Videoüberwachung sogar flächende-



Forstlatex-Anschlag: Ein Unbekannter hatte offenbar eine Rechnung offen mit der Steuerverwaltung in St.Vith.

ckend landesweit veranlasst werden. So weit sind wir aber noch nicht. St.Vith macht bei diesem Vorstoß den Anfang, und das aus den vorhin beschriebenen Gründen. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, von dem sicherlich aufschlussreiche Erkenntnisse zu erwarten seien, bekräftigten jedenfalls die Initiatoren jetzt auf Anfrage gegenüber dem Grenz-Echo.

Es geht in diesem Fall, anders etwa als bei Sparkassen oder Geschäften, nicht darum, Raubüberfälle zu verhindern, da beim Steuer-, Zoll-, Akzi-

sen-, Kataster- oder Registrierungsamt in Zeiten moderner Zahlungsmittel ohnehin kein Geld zu holen ist. Vielmehr steht der Personen- und Gebäudeschutz im Blickpunkt.

In den Finanzämtern herrscht übrigens ein reger Publikumsverkehr. Aber wer zahlt schon gerne Steuern. Da herrscht durchaus Konfliktpotenzial. In der St.Vith'ser Steuerverwaltung hat mal ein Unbekannter an mehreren Stellen hässliche und stinkige Spuren in Form von Forstlatex-Sprüngen hinterlassen. Das würde er wohl jetzt nicht mehr

tun, denn die Kameras würden ihn entlarven.

Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass der Personen- und Gebäudeschutz strengen Regeln unterliegt, die im Sinne der betreffenden Gesetzgebung gerade auch vom Staat selbst rigoros einzuhalten sind. Darauf achtet nicht zuletzt die Kommission für den Schutz des Privatlebens. So mussten in St.Vith etwa Genehmigungen seitens der Stadt und der Polizei eingeholt werden. Zumal die Außenbeobachtung bis zur Straße reicht.

Besucher des Finanzamtes und Passanten werden, sobald die Anlage nach der Testphase definitiv in Betrieb genommen wird, laut den geltenden Richtlinien mit Piktogrammen auf diese Überwachung hingewiesen, die aber ausdrücklich den Eingang des Krankenhauses an der gegenüberliegenden Fahrbahnseite ausschließt.

Strenge Regeln

Abschreckung und nicht Kontrolle, so lautet die Devise. Im Gegensatz zu anderen Einrichtungen sitzt im St.Vith'ser Finanzamt keineswegs jemand vor einer Monitorwand und betrachtet rund um die Uhr die Bilder. Vielmehr werden die Videoüberwachungen aufgezeichnet und jeweils einen Monat lang auf einem Server gespeichert.

Nur bei einem konkreten Vorfall dürfen sie von einem kleinen vorab festgelegten Personenkreis eingesehen werden. Für Ermittlungszwecke können sie auch, bei entsprechendem Antrag an die Zentralverwaltung, der Polizei zur Verfügung gestellt werden.



Der Bürger wird laut den gesetzlichen Richtlinien mit Piktogrammen auf die Videoüberwachung durch Kameras hingewiesen. Dies wird am Finanzamt in St.Vith der Fall sein, wenn die laufende Testphase abgeschlossen ist.

